
Internationale Rundschau

USA: Präsidentschafts wähl und Gewerkschaften

Die beiden großen amerikanischen Parteien sind ihrer Tradition nach bekanntlich keine ideologischen Parteien, sondern relativ lockere Koalitionen von verschiedenen Interessen, wobei die Republikaner mehr die Partei von Business und Industrie, die Demokraten mehr die Partei des kleinen Mannes waren. Unter dem Ansturm der sozialen Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte sind beide Koalitionen gründlich erschüttert worden.

In der *Republikaniseben Partei* ist der im Nordosten und Nordwesten beheimatete liberale Flügel weitgehend kaltgestellt (*Rockefeller, Javits, New York, Hartfield,*

Oregon, Percy, Illinois) oder zu den Demokraten übergetreten (*Lindsay, Ogden, Reid, New York*). Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder — die Eintragung besteht lediglich aus einer einfachen Erklärung bei der Wahlbehörde und bedeutet keine weitere Verpflichtung — ist auf unter ein Drittel der Wähler gesunken und die Partei als solche eine parlamentarische Minderheitspartei geworden. Nur in vier von den letzten vierzig Jahren hatte sie in beiden Häusern des Kongresses gleichzeitig die Mehrheit und ist auf die Unterstützung durch die konservativen demokratischen Abgeordneten der Südstaaten angewiesen. Die Republikaner können eine Präsidentenwahl nur noch mit einer außerhalb des Parteiapparats stehenden populären Figur (*Eisenhower*) oder durch hochfinanzierte Demagogie bei gleichzeitiger Verwirrung im demokratischen Lager gewinnen. In ihren finanziellen Quellen

sind sie freilich den Demokraten um das Zwei- bis Dreifache überlegen. Das kommt ihnen angesichts der durchs Fernsehen enorm gestiegenen Verteuerung der Wahlkampagnen — in diesem Jahr 35—50 Mill. Dollar — natürlich sehr zustatten. Es führt freilich auch zu jener Verfilzung mit den Interessen der Großkorporationen, wie sie in der I. T. & T.-Affäre kürzlich teilweise ans Tageslicht trat, als diese Firma mehrere 100 000 Dollar zu den Kosten des Parteitag beizusteuern versprach, nachdem ihr das Justizministerium die sehr lukrative Verschmelzung mit einer Versicherungsgesellschaft gestattet hatte. Die Kontrolle der Partei liegt heute mehr denn je in den Händen der Konservativen, die freilich klug genug sind, um den neuen wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Notwendigkeiten, wenn auch zögernd und oft unzureichend, Rechnung zu tragen und gleichzeitig demagogisch mit den durch die Entwicklung aufgerissenen sozialen Antagonismen zu spielen.

Es ist die *Demokratische Partei*, in der diese sozialen Veränderungen ihren Niederschlag finden, die neuen Kräfte auf den Plan treten. Sie hat sich damit als eine lebendige Institution erwiesen, als ein Forum der politischen Erneuerung und alles andere als der Schrotthaufen der Geschichte, auf den die kümmerlichen Reste der radikalen Bewegung von 1968 sie werfen möchten. Aber freilich setzt sie das den Böen widerstrebender Kräfte aus. Die von *Franklin D. Roosevelt* 1932 zusammengeschnittene Koalition von Kleinbauern, großstädtischen Arbeitern (meist ethnischen Minderheiten angehörend und von politischen ‚Bosses‘ dirigiert) und dem südstaatlichen Establishment beherrschte mit den bereits erwähnten Einschränkungen den Kongreß und stellte in *Roosevelt, Truman, Kennedy* und *Johnson* eine Serie von Präsidenten, unter denen wichtige Sozialreformen vollbracht und gesetzlich verankert wurden, von denen hier nur die drei wichtigsten erwähnt seien: Sozialversicherung, Arbeitsgesetzgebung, Negergleichstellung.

Aber gerade die damit in Bewegung gesetzten Wandlungen haben die Roose-

velt-Koalition erst unterminiert und schließlich gesprengt. Der Farmsektor ist auf 3 Prozent der Bevölkerung zusammengeschrumpft und in eine kapitalstarke Agrarindustrie verwandelt; die Arbeiterschaft ist in Einkommen (7 000—15 000 \$) und Lebensstil mehr und mehr mittelständisch geworden; das erwachende Selbstbewußtsein der Negerschaft trieb die weiße Oberschicht der Südstaaten de facto aus der Partei; gleichzeitig trieb die Negerwanderung in die nördlichen Großstädte, deren weißen Mittelstand (einschließlich vieler Arbeiter) in die Vorortgebiete. Der Parteitag von 1968 war ein letzter Versuch, die Koalition zusammenzuhalten, mit den bekannten gewaltsamen Zusammenstößen und dem bekannten negativen Erfolg, wobei die Verkettung der Parteiführung mit dem unseligen Vietnam-Abenteuer eine zusätzliche Rolle spielte. Aber eine damals eingesetzte Reformkommission (unter dem damals wenig bekannten Senator *McGovern*) schuf die Möglichkeit, daß sich die neuen Kräfte 1972 beinahe vollständig durchsetzen konnten. Ein im Grund fragwürdiges Quotasystem bei der Delegiertenwahl gab der früher von Parteifunktionären, Politikern und Gewerkschaftern beherrschten Delegiertenversammlung ein völlig neues Gesicht. Aber weit wichtiger als dieses ins Auge springende neue Gesicht war das neue Gewicht, das *McGoverns* Kampagne um die Nominierung den durch die Gestalten der Jugendlichen, der Frauen und der Neger symbolisierten Kräften gegeben hatte. Er appellierte an den Abscheu dieser Gruppen gegen einen unmoralischen Krieg und ein angeschwollenes Militärsystem, er knüpfte an die sozialen und legalen Reformbestrebungen *Robert Kennedys* an, vor allem aber stellte er dem penetranten Opportunismus der Johnson- und Nixonjahre ein an die Ideale der Staatsgründung anknüpfendes Bild der Rechtschaffenheit entgegen und gab damit vor allem einer mehr von moralischer Entrüstung als von materiellen Interessen bewegten Jugend neue Hoffnung.

Das Überwiegen dieser weitgehend außerhalb des Produktionsprozesses stehen-

den Gruppen — Studenten, Frauen, Neger — verleiht freilich McGovern's Position eine ernsthafte Schwäche. Sie haben in den Vorwahlen gewiß große Einsatzbereitschaft und organisatorisches Talent bewiesen; jedoch steht damit keineswegs fest, ob sie die für eine politische Dauertätigkeit nötige Energie, Kompromißbereitschaft und gesellschaftliche Verantwortung aufbringen werden. McGovern ist sich offenbar dieser Schwäche durchaus bewußt und versucht beinahe krampfhaft, sie durch Annäherung an die Parteimitte zu überwinden, d. h. an die reguläre Parteiorganisation und die Gewerkschaften.

Diese wiederum sehen in seinen jungen Organisatoren blutige und überhebliche Amateure, die den republikanischen Profis nicht gewachsen sind, und in McGovern selbst weniger einen gefährlichen Radikalen als einen eher noch gefährlicheren Träumer. Sie sind verärgert durch die brüske Art, mit der sie vielfach von der McGovern-Organisation ausgeschaltet wurden, und sie befürchten, daß die lokalen und Kongreß-Kandidaten der Partei mit in den Strudel einer massiven Niederlage gezogen werden könnten. Nur aus dieser Sicht ist etwa die Haltung der offiziellen AFL-CIO-Führung zu verstehen, welche das Rückgrat der verzweifelten Versuche auf dem Parteitag bildete, noch in letzter Minute erst durch *Humphrey*, dann durch Senator *Jackson* den Siegeszug McGovern's zu stoppen. Dieser war zwar in seiner 12jährigen Senatslaufbahn im ganzen sehr arbeiterfreundlich, aber als Senator eines kleinen Agrarstaats hatte er wenig persönliche Beziehungen zu Gewerkschaftsführern. Selbst die wenigen unter diesen, die schon vor dem Parteitag für seine Kandidatur eintraten, waren ursprünglich Befürworter der *Muskie*-Kandidatur gewesen.

Trotzdem war es eine Überraschung, als wenige Tage nach dem Parteitag der Gewerkschaftsvorstand auf Betreiben von *George Meany* mit 34 gegen 3 Stimmen beschloß, offiziell im Wahlkampf Nixon/McGovern neutral zu bleiben und seine

Unterstützung auf die lokalen demokratischen Kandidaten zu beschränken. Es war schwer zu verstehen, daß Meany, der noch im Frühjahr beim Austritt aus dem *Pay Board* die Verhinderung von Nixon's Wiederwahl zum obersten Ziel gemacht hatte und der noch wenige Wochen vorher alle Kandidaten, mit alleiniger Ausnahme von *George Wallace*, als akzeptabel erklärt hatte, nun soweit ging, einen bereits von der AFL-CIO fertiggestellten Propagandafilm gegen Nixon auf Eis zu legen und den seiner Autorität unterstehenden regionalen Spitzenverbänden die offizielle Unterstützung McGovern's zu untersagen. In liberalen Kreisen versucht man, Meanys Entscheidung aus seinem Alter zu erklären, aus seinem primitiven Antikommunismus, aus seiner Abneigung gegen den neuen Lebensstil der Jugend — aber das überzeugt nicht bei einem Mann, der seine Verantwortung für eine Organisation von 14 Millionen oft genug unter Beweis gestellt hat. Gewiß, er hat seiner Herkunft und Karriere nach mehr Respekt für organisierte Macht und konkrete politische Institutionen als für manche der neuen, weniger tangiblen Kräfte in der heutigen Gesellschaft: etwa für die zunehmende Bedeutung des Wissens-Sektors im Zeitalter der Computer, der Organisation, der höheren Schulung, der Massenmedien; oder für die Auflockerung der alten Sitten und Werte. Doch scheint mir, daß für ihn in erster Linie der Wunsch entscheidend war, sich von einer ihm aussichtslos erscheinenden Kandidatur zu distanzieren, und in zweiter Linie der Wunsch, sich politisch nicht allzuweit von der Masse der in den Mittelstand aufgerückten, aufgescheuchten Produktionsarbeiter zu entfernen, deren politische Stimmung er zweifellos richtiger einschätzt als manche seiner liberalen Kritiker. McGovern hat in den Wochen seit seiner Nominierung in der Tat ein hohes Maß von Unsicherheit und Ungeschicklichkeit an den Tag gelegt; und die Vorwahlen hatten in zahlreichen Arbeiterwahlbezirken im Mittelwesten eine bedenklich hohe Stimmenzahl für Wallace gezeigt — Reaktion auf die hohen Steuern, das Überhandnehmen von Drogen und Verbre-

chen, die drohende Integrierung der Schulen durch den Bustransport der Kinder.

Wie viele der Wallace-Anhänger schließlich nach ihren Ressentiments für Nixon oder nach ihrem Geldbeutel für McGovern stimmen werden, wie viele George Meany in die Stimmenthaltung folgen werden, das ist schwer abzusehen. Es wird sowohl von der Konjunktorentwicklung wie von der Wahlkampfstrategie der beiden Kandidaten abhängen. Aber wie immer die Gewerkschaftsmitglieder stimmen werden — und sie folgen durchaus nicht immer den Parolen ihrer Organisation —, für die Gewerkschaft als Organisation und als Vertreter von Gruppeninteressen besteht wenig Zweifel, daß für sie eine Präsidentschaft McGoverns weiteren vier Jahren Nixons vorzuziehen wäre. Gewiß, es gab schon immer Gewerkschaften mit prorepublikanischer Führung, etwa unter den Baugewerkschaften sowie vor allem die korruptionsdurchsetzte Teamstergewerkschaft (deren Sympathien Nixon sich kürzlich durch die Begnadigung ihres inhaftierten Ex-Führers *James Hoffa* zu sichern suchte). Umgekehrt ist es kein Zufall, daß die Vorstandsmitglieder, die sich in der Vorstandssitzung für McGovern aussprachen, entweder ‚neue‘ Gewerbe vertraten (*Jerry Wurf* — öffentliche Angestellte und *Joseph Beirne* — Kommunikationen) oder Industrien mit starker Negerbesetzung (*A. F. Grospiron* — Öl und Chemie, *Paul Jennings* — Elektroindustrie).

So deutet manches darauf hin, daß Meany mit der von ihm durchgesetzten Entscheidung eine Schwächung seiner eigenen Position in der Gewerkschaftsbewegung riskiert hat. Zwar hat /., *W. Abel*, Leiter der Stahlgewerkschaft, in kaum verhüllter Weise Nixon die Unterstützung angeboten. Aber bereits einen Monat nach jener Vorstandssitzung haben sich zunächst 25 wichtige AFL-CIO-Gewerkschaften zu einem Komitee zusammengeschlossen, mit dem Ziel, die Wahl McGoverns finanziell und organisatorisch zu unterstützen, auf Kosten von *COPE*, dem Meany unterstehenden zentralen politischen Arm der Gewerkschaftsorganisation. Dem Komitee ge-

hören u. a. die Metallarbeiter und Elektroarbeiter mit je 900 000 Mitgliedern an, die Gewerkschaften Öl und Chemie, Gummi, Konfektion, Textil, Schuhe, Möbel; die öffentlichen Angestellten; die Angestellten-gewerkschaften der Lehrer, des Handels, des Kommunikationsgewerbes u. a. m., bisher etwa die Hälfte der Mitgliedschaft der AFL-CIO. Dem Komitee gehören außerdem mehrere außerhalb stehende Verbände an, so die Automobilgewerkschaft und eine Anzahl lokaler Teamsterguppen, die mit der nixonfreundlichen Haltung ihrer Leitung nicht einverstanden sind. Die Gruppe vermeidet ausdrücklich eine direkte Desavouierung Meanys und gründet ihre Unterstützung McGoverns auf dessen Sozial- und Wirtschaftsprogramm, nicht auf seine antimilitaristische Haltung.

Damit ist die Auswirkung der offiziellen Neutralität etwas abgeschwächt. Doch bleibt der Ausfall der Unterstützung durch die Gewerkschaftszentrale ein empfindlicher Schlag für McGoverns Aussichten im November. Wird er entscheidend geschlagen, dann wird die Neutralität bis zu einem gewissen Grad gerechtfertigt. Sollte es jedoch — und vieles deutet darauf hin — nur zu einer knappen Niederlage kommen, dann wird sich Meany schwer von der Verantwortung für sie freisprechen können, und die Entscheidung vom 19. Juli wird als Pyrrussieg in die amerikanische Geschichte eingehen. Siegt aber McGovern gar, dann dürfte Meanys Stellung stark erschüttert sein.

George Günther Eckstein

Grenzen des Wachstums — eine Warnung Siccó Mansholts

Dem sogenannten MIT-Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ (vgl. Literaturbericht in H. 9 der GM) sind aus Kreisen der Linken erhebliche Vorwürfe gemacht worden; nicht wenige meinten, es handele sich hier um einen ausgeklügelten Plan, der darauf abgestellt sei, insbesondere den Elan der Gewerkschaften in ihren Forderungen nach

besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen zu brechen. Um so bedeutsamer war es, daß ein Veteran der sozialistischen Bewegung der Niederlande, *Sicco Mansholt*, kurz vor Antritt seiner neuen Funktion als Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften diesen Alarmruf sich zu eigen machte. In einem Brief an seinen scheidenden Vorgänger *Malfatti* hatte Mansholt Anfang Februar vor einem übersteigerten Wachstumsfanatismus gewarnt und Bilder einer echten Menschheitsapokalypse heraufbeschworen.

Er ging davon aus, daß die einzelnen Nationalregierungen bisher nicht einmal in der Lage gewesen seien, die stetige Expansion als solche und das Gleichgewicht im Währungssektor zu garantieren. Darüber hinaus aber gäbe es wichtigere Probleme. Der moderne Kapitalismus habe bisher seine Rechtfertigung in der Erzeugung von immer mehr und immer neuen Gütern gesehen. Wir müßten uns aber mit der Tatsache einer immer zahlreicher werdenden Menschheit bei wachsender Rohstoff- und Nahrungsverknappung sowie fortschreitender Verschlechterung der Umweltbedingungen abfinden. Mansholt forderte Vorrang der Nahrungsmittelerzeugung, starke Einschränkung des Verbrauchs an materiellen Gütern, Kampf gegen Verschwendung und Umweltverseuchung. An die Stelle des Idols einer Steigerung des Sozialprodukts soll das Ziel einer steigenden „Bruttonützlichkeits“ treten. Mansholt wollte einen erheblichen Rückgang des materiellen Wohlstands für eine begrenzte Zahl von Menschen auf dem Erdball — er nannte eine Optimalziffer von 500 Millionen bis 1 Milliarde, für die nächsten 500 Jahre — in Kauf nehmen, glaubte aber, daß die Zukunft auch einer begrenzten Zahl von Menschen nur durch strenge Planung gesichert werden könne. Eingehende Vorschläge für eine europäische Planung und Forschung füllen die zweite Hälfte dieses ungewöhnlichen Dokumentes.

Mansholt tritt für die Einführung von Produktionszertifikaten und Steuerbegünstigung umweltfreundlicher Branchen, für die Förderung dauerhafter Güter und ein

„europäisches Verteilersystem der Grundstoffe“ sowie Forschungsintensivierung ein. Das kann für ihn nur in einem „europäischen Wirtschaftsplan“ verwirklicht werden, und er stellt die Frage, „ob ein derartiger Schritt im Rahmen der gegenwärtigen sozialen Ordnung möglich ist und ob zum Beispiel das augenblickliche Produktionssystem auf Ebene der Unternehmen beibehalten werden kann, um die Frage zu verneinen“!

(*Sicco Mansholt*, Europas Rolle in einer gefährdeten Welt — in: *Europe-Dokumente*, Nr. 6665 v. 28. 2. 1972).

Seither hat *Mansholt* dieses Thema in der verschiedensten Form immer wieder aufgegriffen: Auf der Stockholmer Umweltkonferenz, in Interviews (für *Pourquoi Pas? Le Nouvel Observateur* und andere Zeitschriften), in Reden an verschiedensten Stellen.

Ein aufmerksames Ohr fand er zunächst bei den französischen Kommunisten, die seinen *Malfatti*-Brief zwar als erste abdruckten, aber mit einem wütenden Angriff beantworteten. Kurios war immerhin, daß *Mansholts* Planungskonzept damit gerade von dieser Seite ins Kreuzfeuer geriet. Selbst in sozialistischen Kreisen fand *Mansholt* herbe Kritik, so in der von einer Gruppe internationaler Sozialisten in Brüssel herausgegebenen Zeitschrift *Agenor*. Hier beschuldigte man ihn kurzerhand, er sei in eine Falle geraten. Zwar sagt *Agenor*: „Die Betroffenheit des Club of Rome“ — der den MIT-Bericht in Auftrag gab — „im Hinblick auf das Schicksal der Welt ist echt; die Drohung einer Katastrophe ist real“. Es sei gut, daß man vom materiellen Wachstumsschibboleth des Bruttosozialprodukts wegkomme, und daß *Mansholt* seine Planungsidee in den Rahmen der erweiterten Gemeinschaft stelle. Aber er sei doch in eine Sackgasse ohne Ausweg geraten: „... in die politische Falle, die ihm der Club von Rom gestellt hat“ — eine lose Vereinigung von Politikern, Industrieführern, Wissenschaftlern, „siebzig Leuten, vom Vizepräsidenten der FIAT als Elite ausgewählt“.

In die Falle geriet Mansholt laut *Agenor*, weil er „nur auf die physischen Elemente schaut, die der Bericht erfaßt . . . Sie sind aber losgelöst von der politischen Realität. Wahlloses Industriegewachstum ist nicht katastrophal, nur weil es eine Art ökonomischer und physischer Apokalypse in ein paar Jahrzehnten bringen kann —, sondern weil es die Kluft zwischen arm und reich mit jedem neuen Tag mehr aufreißt. Ständig steigende Industrieproduktion ist nicht böse, nur deshalb, weil sie alle Ressourcen der Welt aufbraucht —, sondern weil die Verbraucher gezwungen sind, kurzlebige, wertlose Produkte zu kaufen, damit die Kapitalisten weiter Profite machen können!“ Immerhin hat der Autor des Artikels, der in Brüssel lebende englische Publizist *John Lambert*, Mansholt bescheinigt, er sei „in seiner grundlegenden politischen Intuition durchaus auf dem richtigen Wege . . . Wenn das Wirtschaftswachstum gemeistert oder transformiert wird, so sicherlich nicht durch konservative Regierungen, die ihre Wurzeln und Stütze in der Industrie haben. Das Problem wird entweder von der Linken gemeistert — oder überhaupt nicht!“

(John Lambert, *Growth and Politics*, *Agenor*, 26, April/May 1972.)

Mansholt hat sich nicht abschrecken lassen. Am 13. Juni sprach er in Paris vor dem Club des „*Nouvel Observateur*“ zusammen mit *Herbert Marcuse*; eine Reihe führender Persönlichkeiten der Linken nahm an der Debatte teil. *Mansholt* wie *Marcuse* fanden sich im Grunde im Protest gegen die „Wohlstandsgesellschaft“, wengleich der erstere sie in der Erschöpfung materieller Ressourcen und in der Umweltverschmutzung ersticken sieht, derweil der andere meint, sie stürbe an ihrer seelischen Entartung oder der (Marx'schen) Entfremdung, also gewissermaßen an innerem Schmutz.

Immerhin hat auch *Marcuse* für das „Nullwachstum“ plädiert. In seinem Vorwort zur französischen Ausgabe des „*Unidimensional Man*“ von 1967 schreibt er: „Die Zukunftschancen hängen davon ab, daß die Produktions- und Profitexpansion

(politisch, wirtschaftlich, militärisch) gestoppt wird...“

Auf der Pariser Tagung erklärte *Marcuse*, die Vergewaltigung der Erde sei ein wesentlicher Aspekt der Konterrevolution: in der „Ermordung der Erde“ kristallisieren sich alle konstruktiven Kräfte des todgeweihten Kapitalismus: Je mehr er seine Produktivkraft steigere, desto zerstörerischer werde er. Die Jugend habe erkannt, daß das Glück nicht mit dem Wachstumsprozeß identisch sei: „Es geht nicht darum, die Industrie zu verschönern oder die Gefängnisse mit Blumen zu schmücken — es geht darum, an die Stelle der jetzigen Gesellschaft etwas anderes zu setzen.“ (*Le Monde*, 15. 6. 1972).

Demgegenüber vertrat *Sicco Mansholt* die nüchterne Spielart der „Nullwachstums- these“ (man nennt das in den USA und Frankreich „Zegismus“ — von „Zero“). Ihm geht es um eine „Verbesserung der Daseinsqualität“: Dafür will er zum mindesten auf weiteres Wachstum (in den reichen Ländern) verzichten oder sogar Rückgänge hinnehmen. Wüchsen die Industrieländer so weiter wie bisher, so würde der Abstand zur Dritten Welt immer größer. Man könne diese Länder aber nicht einfach darauf verweisen, nun ihrerseits den Weg des Kapitalismus zu beschreiten: Das sei für 7 Milliarden Menschen, wie wir sie um 2000 haben werden, materiell unmöglich.

Die Diskussionsteilnehmer bildeten zwei Gruppen: Die einen neigten *Mansholt* zu: So sagte *Bosquet*, die Ökologie werde subversiv — die Wissenschaft, solange Sklavin der Produktion, verbünde sich nun mit der Revolution. *Goldsmith* möchte den Wachstumsbegriff korrigieren, denn er täusche etwas vor: Industriegewachstum sei oft trügerisch, weil die Naturkräfte, auf denen es beruht, abnehmen. „Wir verschwenden die Gratis-Güter.“

Die anderen sind zurückhaltend: CFDT-Sekretär *Maire* warnt: „Nullwachstum heißt Negierung der Menschheitszukunft — was wird aus der Konsumfreiheit?“ *Saint-Mare* möchte das Wachstum nicht stoppen, sondern nur Richtung, Ziel und Mittel än-

dem. *Morin* möchte an seine Stelle ein multidimensionales Entwicklungskonzept setzen. Die Kommunisten, die für die maximale Entwicklung der Produktivkräfte eintreten, fehlten auf dieser Tagung.

Am 18. Juli traf *Mausholt* vor dem Pariser Fernsehen allerdings auch mit einer militanten Repräsentantin des ZK, die für das Wachstum focht, zusammen, im Rahmen einer Debatte mit dem Präsidenten der französischen Arbeitgeberverbände, *Ambroise Roux*. *Mansholt* faßte nochmals das MIT-Konzept zusammen: 7 Milliarden Menschen um 2000 sind zuviel, so kann es nicht weitergehen (darüber wurde man sich rasch einig) — sonst reichen Rohstoffe und Energie nicht aus: Hier war *Roux* optimistisch — man habe Erdölmangel schon für 1950 prophezeit, und die Supergeneratoren würden es schaffen. Auf den Einwand, weiteres Wachstum provoziere Umweltverschmutzung und Atom Müll, die der Menschheit eine Grenze zögen, erwiderte *Roux*, zwei Prozent des Sozialprodukts für Umweltschädenbekämpfung würden das aufwiegen. Er vergaß allerdings zu erwähnen, daß nur die USA und die Bundesrepublik mit 1,8% dem Ziel nahekommen — die anderen Industrieländer wenden nur 0,25 bis 0,6 auf.

Indessen ist *Mansholt* aus dem unmittelbaren Kreis seiner Kollegen ein Gegner erwachsen: Der EWG-Vizepräsident *Barre* hat in einer Studie die grundsätzlichen Einwände konservativer Prägung zusammengefaßt: Er wendet sich gegen „allzu summarische, apokalyptische Extrapolationen“ sagt, man könne konkrete Vorschläge nur für zehn Jahre im voraus machen, tritt für Beschäftigungssicherheit, Umverteilung, „anständiges“ Lebensniveau ein — das alles sei aber nur beim Wachstum durchzusetzen, für das die Atomenergie neue Perspektiven eröffne. *Barre* hält die Rohstoffversorgung für ausreichend, sagt, man solle nicht neue an Stelle alter Prioritäten (z. B. Vollbeschäftigung) setzen und spricht vom „Risiko einer Explosion durch politisches Ungeschick . . .“. Vor allem aber bezeichnet er *Mansholts* Idee einer zentralen europä-

ischen Planung, die das Wachstum im Sinne einer „Bruttosozialnützlichkeit“ steuern und Verschwendung von Naturkräften verhindern soll.

In der Tat geht aber *Mansholt* über diese seine Lieblingsidee, die in konservativen Augen allein schon Anathema sein muß, noch weit hinaus, wenn er z. B. in der Debatte mit *Roux* sagt, die Lösung könne nicht von profitorientierten Unternehmensleitungen oder dirigistischen Bürokraten kommen, sondern von den Arbeitnehmern, die Entscheidungsbefugnisse in ihren Unternehmen haben müßten ...

Unbeschadet aller Modetendenzen sollte man diese Warnrufe gerade in der Arbeiterbewegung sehr ernst nehmen, sie aber gleichzeitig auch sachlich und leidenschaftslos überprüfen — um so mehr, als *Mansholt* den Mut bewiesen hat, die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Gesellschaftssystem und Lebenschancen der Menschheit zu stellen: „Damit stellt sich höchstdringlich die Frage, ob ein derartiger Schritt im Rahmen der gegenwärtigen sozialen Ordnung möglich ist und ob zum Beispiel das augenblickliche Produktionssystem auf Ebene der Unternehmen beibehalten werden kann. Meiner Ansicht nach ist die verneinende Antwort in dieser Frage schon enthalten.“

(*Mansholt* a.a.O., S. 3)

Damit hat *Mansholt* unverblümt angedeutet, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, die Grundlage für die Bewältigung der Existenzfragen der Menschheit abzugeben.

Bis jetzt hörte man aus kapitalismusfreundlichen Kreisen genau die entgegengesetzte Musik zu dem, was uns der „Club of Rome“ jetzt vorspielt: Bislang wurde der Kapitalismus gepriesen, eben weil er solche Wachstumsparoxysmen zeitigte, wie sie z. B. in den USA bis 1953 in Kontinental-Europa bis zur Mitte der sechziger Jahre und in Japan ununterbrochen seit Kriegsende gang und gäbe waren. Und dieses Lob wirkte ansteckend: Auch für die Kommunisten des Ostblocks war das Wachstum A und O — für sie galt es die Kapitalisten „einzuholen und zu überholen“.

Zuwenig hatte man bedacht, daß eben der Wachstumsfanatismus des reifen Kapitalismus etwas zu tun haben könnte mit der grundsätzlichen Unstabilität eben dieses Systems: eine Unstabilität die sich keineswegs nur im Auf und Ab von Rezession und Boom, Deflation und Inflation und neuerdings der permanenten Preissteigerung mitten in der Flaute äußert —, sondern vielmehr in einer grundsätzlichen Ver-

unsicherung, Entwurzelung, in einem Wort: Entfremdung des Menschen, der zum Objekt einer Sachenwelt wurde, die rücksichtslosem Raubbau an Naturkräften verfällt, deren frenetisches Wachstum das Humane als solches aufzufressen und schließlich noch die Menschheit physisch zu verschlingen droht.

K. Kühne